

Bundeskanzleramt
Bundesminister für besondere Aufga-
ben/Chef des Bundeskanzleramtes
Wolfgang Schmidt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 7. Dezember 2022

Offener Brief zum Schutz vor Energiesperren und Wohnungskündigungen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die hohen Energiekosten bringen viele Menschen an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten. Wir schätzen daher die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Entlastung der Haushalte ausdrücklich.

Allerdings haben wir Sorge, dass die verschiedenen auf den Weg gebrachten Maßnahmen nicht ausreichen oder administrativ zu spät kommen können, um Mieter*innen vielerorts vor einer Überlastung durch die Energiekosten zu schützen und ihnen Sicherheit zu geben.

So ist es derzeit noch unklar, wie schnell in den Kommunen das zum 1. Januar 2023 geplante Wohngeld-Plus, das wir außerordentlich begrüßen, umgesetzt wird und bei den Haushalten ankommt. Zudem bestehen bei der geplanten Wärme- und Gas- sowie Strompreisbremse noch Unklarheiten darüber, wie mögliche Härtefall-Regelungen ausgestaltet und administrativ implementiert werden können.

Über all dem schwebt daher im schlimmsten Fall die Gefahr einer Energiesperre oder sogar einer Kündigung der Wohnung, wenn Menschen ihren Zahlungsverpflichtungen an Versorger oder Vermieter nicht mehr nachkommen können. Auch Familien mit Kindern, alte und pflegebedürftige Menschen können davon betroffen sein.

Wir halten ein gesetzliches Kündigungsmoratorium für Mietverträge und ein Verbot von Energiesperren als Sofortmaßnahme für dringend erforderlich, um Sicherheit für die Menschen zu schaffen. Es geht sozusagen um ein letztes Auffangnetz für den Fall, dass vorgelagerte Maßnahmen nicht oder noch nicht greifen werden.

Auch die Expert*innen-Kommission Gas und Wärme spricht sich in ihrem Endbericht für die Einführung eines Kündigungsmoratoriums für Mietverträge aus, um Energie-

sperren zu vermeiden und fordert dies für eine Dauer von „mindestens einem halben Jahr“ damit Mieterhaushalte ihre Energieschulden begleichen können. Es muss sichergestellt werden, dass niemandem, der Nebenkostenabrechnungen oder Preis-
anpassungen nicht fristgerecht zahlen kann, die Wohnung gekündigt oder eine Ener-
giesperre verhängt wird.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie diese Maßnahmen in Zeiten der Energie-
preiskrise unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

